



152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Sonja Lüthi: Baumschutz in der Stadt St.Gallen; Beantwortung

Am 29. April 2015 reichte Sonja Lüthi die beiliegende Einfache Anfrage betreffend "Baumschutz in der Stadt St.Gallen" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

1. In der Einfachen Anfrage wird zu Recht auf die grosse Bedeutung hingewiesen, den der Baumbestand im überbauten Gebiet hat, und zwar sowohl in ökologischer wie auch in städtebaulicher Hinsicht. Eine ansprechende Durchgrünung der Wohn- und Arbeitsgebiete namentlich auch mit einem guten Baumbestand ist eine wesentliche Voraussetzung für die Wohn- und Lebensqualität in der Stadt. Im Rahmen von Bauvorhaben aller Art werden häufig schon von der jeweiligen Bauherrschaft aus eigener Initiative Bäume und andere Bepflanzungen eingeplant, in Berücksichtigung der Wichtigkeit der Begrünung für die Qualität der bebauten Gebiete. Im Baubewilligungsverfahren kann eine „ansprechende und benutzergerechte“ Gestaltung der Umgebung von Bauten und Anlagen verlangt werden; diese generelle Bestimmung (Art. 38 BO) stellt ein wesentliches Kriterium bei der Prüfung aller Baugesuche dar.
2. Ist mit dem Bauvorhaben ein bestehender Baumbestand tangiert, so gelten je nach Standort besondere rechtliche Anforderungen: In Überbauungs- oder Gestaltungsplänen sowie in einzelnen Schutzverfügungen innerhalb des Baugebietes oder in Schutzverordnungen ausserhalb des Baugebietes sind bestimmte, genau bezeichnete Bäume formell unter Schutz gestellt. Diese Bäume müssen erhalten werden, die Frage einer Interessenabwägung stellt sich in diesen Fällen nicht. Die Einfache Anfrage betrifft offensichtlich nicht diese, in der konkreten Anwendung klare Situationen. Sie bezieht sich aufgrund der gestellten Fragen auf die sogenannten „Baumschutzgebiete“ im Zonenplan, die korrekt „Gebiete mit schutzwürdigen Grünflächen mit Baumbestand“ heissen. In die-



sen Gebieten ist nicht der einzelne Baum, sondern der charakteristische Baumbestand geschützt. In Art. 39 der städtischen Bauordnung ist festgelegt, dass in diesen Gebieten – im Gegensatz zum übrigen Stadtgebiet - das Fällen von grösseren Bäumen (ab einem Stammumfang von 0,8 m) bewilligungspflichtig ist. Die Grundsätze für die Bewilligung einer Fällung sind ebenfalls in der Bauordnung (Art. 39 Abs. 2) festgehalten: Die Bewilligung wird erteilt, wenn das Interesse an der Fällung das Interesse an der Haltung überwiegt, insbesondere

- wenn ein Baum ohne qualitative Verschlechterung des bestehenden Baumbestandes gefällt werden kann und der Baum nicht besonders schützenswert ist (lit. a)
- wenn ein Baum im Bereich einer geplanten Hauptbaute steht und der Baum nicht besonders schützenswert ist (lit. b)
- die Nutzung von Räumen zu längerem Aufenthalt von Menschen unzumutbar beeinträchtigt wird.

In Art. 39 BO ist im Weiteren vorgesehen, dass mit der Bewilligung für eine Fällung eine angemessene Ersatzpflanzung vorgeschrieben werden kann (Abs. 3). Schliesslich ist von erheblicher Bedeutung für die Praxis, dass zur Erhaltung besonders schützenswerter Bäume in diesen Gebieten Grenz- und Gebäudeabstände unterschritten werden können, wenn dies nicht öffentlichen oder erheblichen privaten Interessen widerspricht.

3. Zu den einzelnen Fragen kann wie folgt Stellung genommen werden:

Frage 1: Die in obiger Ziffer 1 wiedergegebene, recht eingehende Regelung von Art. 39 BO zeigt, dass für die Beurteilung von Baugesuchen im Zusammenhang mit Baumfällungen in den „Baumschutzgebieten“ in jedem Einzelfall eine Interessenabwägung vorzunehmen ist. Diese Abwägung hat sich an den vorgegebenen Kriterien zu orientieren, insbesondere an der jeweiligen Schutzwürdigkeit des betroffenen Baumes in Bezug auf den gesamten Baumbestand, am Interesse zur Realisierung einer zonenkonformen Überbauung sowie an den Anforderungen bezüglich Belichtung und Besonnung von Wohnungen. Zusätzlich zu prüfen ist immer auch der Gesundheitszustand des betroffenen Baumes, also die Abschätzung der längerfristigen Lebensfähigkeit. Ist diese nicht gegeben, können qualitative gute Ersatzpflanzungen eine bessere, nachhaltigere Lösung sein. Von grosser Bedeutung in der Praxis ist im Weiteren die Möglichkeit, zu Gunsten des Baumschutzes allenfalls Abstandsvorschriften zu unterschreiten und so mit der entsprechenden Situierung von Hauptbauten die Erhaltung wertvoller Bäume zu ermöglichen. Die Erfahrung zeigt, dass mit diesem Instrumentarium in aller Regel Lösun-



gen möglich werden, die den Zielsetzungen des Baumschutzes entsprechen, gleichzeitig aber auch eine zonengemässe Überbauung ermöglichen.

Frage 2: In geschützten Ortsbildern oder in Gebieten mit besonderem baulichem Erscheinungsbild sind die Freiräume, also auch die Grünflächen mit Baumbestand, in Bezug auf die gestalterische Qualität mit höheren Anforderungen zu beurteilen. Selbstverständlich ist in diesen Gebieten, zumal wenn sie gleichzeitig auch Baumschutzgebiete sind, die nötige Interessenabwägung mit einem stärkeren Gewicht zu Gunsten der Freiräume und der Bepflanzungen vorzunehmen. Dabei sind alle betroffenen Fachstellen beizuziehen, namentlich die Stadtplanung mit den Fachleuten für Natur und Landschaft, das Gartenbauamt für die Beurteilung der Gesundheit der Bäume und nötigenfalls auch externe Experten.

Frage 3: Die schliessliche Entscheidung über ein grösseres Bauvorhaben mit Baumfällungen in Baumschutzgebieten fällt die Baubewilligungskommission, in der verschiedene Fachrichtungen vertreten sind, derzeit auch ein Fachmann für Landschaftsplanung. Die Kommission muss als Behörde in jedem Einzelfall eine sorgfältige Abwägung aller relevanten Interessen vornehmen, selbstverständlich hat dabei der Baumschutz ein erhöhtes Gewicht in den Baumschutzgebieten. Diese Interessenabwägung darf nicht an der Parzellengrenze halt machen, sie muss auch die weitere Umgebung miteinbeziehen. Konkret sind in der Stadt St.Gallen die meisten Baumschutzgebiete in den Hanglagen südlich und nördlich der Siedlung im Tal festgelegt, sodass die einzelnen Vorhaben immer auch unter Berücksichtigung der Situation am entsprechenden Hang zu prüfen sind.

Frage 4: Ersatzpflanzungen werden in den Bewilligungsentscheiden genau festgelegt, auch bezüglich der zu verwendenden Baumart – in der Regel einheimische Bäume – und der zu pflanzenden Mindestgrösse. Dazu werden interne und wenn nötig auch externe Fachleute mit entsprechender Begutachtung beigezogen.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Einfache Anfrage vom 29. April 2015

